

Viel versprochen - wenig gehalten

Der IWF-Gipfel an diesem Wochenende legt es offen: Die auf dem G20-Gipfel im Herbst angekündigten Reformen für Banken und Finanzmärkte stocken. FTD wirft einen Blick auf die Baustellen. von Doris Grass, Frankfurt

Viel haben die Staats- und Regierungschefs der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) auf ihrem Treffen in Pittsburgh im vergangenen September versprochen. Selbst von einer neuen Weltfinanzregierung war die Rede: Sie wollten zu weltweit einheitlichen Spielregeln für Banken finden, bei der Regulierung der Kapital- und Liquiditätsregeln zusammenarbeiten und die Angleichung der Bilanzstandards voranbringen.



Globaler Feuerwehrmann: IWF
-Chef Dominique Strauss-
Kahn

Wenn die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 an diesem Wochenende in Washington zur Frühjahrstagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank zusammenkommen, werden sie vor allem über eine Bankenabgabe diskutieren. Bislang haben die G20 jedenfalls wenig umgesetzt. Die FTD gibt einen Überblick.

Bankenabgabe

Viele Länder wollen die Finanzbranche an den immensen Kosten für die Rettung ihrer Banken beteiligen. Sie sollen wenigstens einen Teil der Milliardensummen an die Steuerzahler zurückzahlen. Eine zeitweise ins Gespräch gebrachte Transaktionssteuer auf Börsenumsätze oder Devisengeschäfte scheint vom Tisch. Nur Frankreich will eine solche Steuer nutzen.

Aber auch eine Abgabe der Banken ist umstritten und allenfalls auf Länderebene eine Thema: Kanada und Australien lehnen sie ab, in Asien gibt es Vorbehalte. Deutschland, Frankreich und Großbritannien wollen dagegen eine solche Abgabe.

Auch Präsident Barack Obama schlug vor, Banken, Versicherer und Broker mit Vermögenswerten von mehr als 50 Mrd. \$ rückwirkend mit einer Steuer von 0,15 Prozent gemessen an den abgesicherten Verbindlichkeiten zu belegen - diese Steuer soll nun jedoch auf der Suche nach einem Kompromiss bei der Finanzmarktreform von den Demokraten geopfert werden.

Auch die Bundesregierung beschloss eine Bankenabgabe, die etwa 1,2 Mrd. Euro für einen Stabilitätsfonds in die Kassen spülen soll. Rückenwind bekommen Banksteuerskeptiker von der Europäischen Zentralbank (EZB): Sie warnt ebenso wie andere Notenbanken davor, den Kreditinstituten zu viel zuzumuten, solange die Krise nicht beendet ist.

Mehr zum Thema

[Kapitalregeln für Banken Barnier mahnt Amerikaner zur Eile](http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/marktberichte/:kapitalregeln-fuer-banken-barnier-mahnt-amerikaner-zur-eile/50099402.html)

(<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/marktberichte/:kapitalregeln-fuer-banken-barnier-mahnt-amerikaner-zur-eile/50099402.html>)

[Unterhauswahlen Brown drängt G20 zu Bankenabgabe](http://www.ftd.de/politik/international/:unterhauswahlen-brown-draengt-g20-zu-bankenabgabe/50096970.html)

(<http://www.ftd.de/politik/international/:unterhauswahlen-brown-draengt-g20-zu-bankenabgabe/50096970.html>)

[Ökonom Igor Jurgens "Bei uns war es zu still"](http://www.ftd.de/politik/international/:oekonom-igor-jurgens-bei-uns-war-es-zu-still/50087680.html)

(<http://www.ftd.de/politik/international/:oekonom-igor-jurgens-bei-uns-war-es-zu-still/50087680.html>)

[Kein Aufbruch Russland steckt im Reformstau](http://www.ftd.de/politik/international/:kein-aufbruch-russland-steckt-im-reformstau/50087574.html)

(<http://www.ftd.de/politik/international/:kein-aufbruch-russland-steckt-im-reformstau/50087574.html>)

Mehr zu: [Bankenabgabe](#), [Finanzaufsicht](#), [G20](#), [IWF](#)

Eigenkapitalregeln

Die Banken sollen nach dem Willen der G20 künftig mehr Eigenkapital vorhalten und ihre Verschuldung beschränken. Die Details dafür erarbeiten das international besetzte Financial Stability Board (FSB) und der Baseler Ausschuss. Letzterer will bis Ende 2010 ein neues Regelwerk für Banken (Basel III) festzurren. Die USA haben aber bisher nicht

einmal die Regeln nach Basel II umgesetzt. Das FSB und die Finanzwirtschaft sind dennoch in Konsultationen über Einzelheiten der neuen Regeln nach Basel III.

Finanzaufsicht

Auch bei der Schaffung besserer Aufsichtsstrukturen gibt es kaum Fortschritte. Sowohl in Europa als auch in den USA sind die Bemühungen ins Stocken geraten oder haben Streit ausgelöst. So ist auf beiden Seiten des Atlantiks weiterhin politisch umstritten, wer die Banken beaufsichtigen soll. Auch die globale Konvergenz der Rechnungslegungsvorschriften kommt nur im Schnecken tempo voran.

Bankinsolvenzen

Bislang ungelöst ist auch die Frage, wie eine Insolvenzmöglichkeit für systemrelevante Banken geschaffen werden kann und wie sie aussehen soll. Bis Sommer will die Bundesregierung dazu einen Gesetzentwurf vorlegen. EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier will ein harmonisiertes europäisches Insolvenzrecht für Großbanken und einen von den Instituten finanzierten EU-Notfallfonds erst 2012 oder 2013 durchsetzen.

Bonusregeln

So gut wie keinen Fortschritt gibt es bei Bonusregeln für Banker. Die Institute reduzieren flächendeckend ihre variablen Gehälter und führen langfristig ausgerichtete Vergütungsmodelle ein. Die Boni werden meist über Jahre gestreckt ausgezahlt. Und es gibt bei vielen Instituten Malusregelungen: Sinken die Gewinne, gilt dies auch für die Boni. Dafür ziehen aber die Fixgehälter an - und dank des bei vielen Banken wieder florierenden Investmentgeschäfts sind auch die Boni wieder kräftig gestiegen.

24.04.2010

© 2010 Financial Times Deutschland
